

Neueste statistische Erhebungen zeigen auf: Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer zahlreicher. Nach Corona-Pandemie und trotz steigender Inflation wuchs das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel von etwa 89 auf 155 Milliarden US-Dollar (rd. 143 Milliarden Euro). Gleichzeitig leben in Deutschland knapp drei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut. Das bedeutet, dass etwa jedes 5. Kind in einem Haushalt lebt, der sich den durchschnittlichen Lebensstandard nicht leisten kann und oft auf Sozialleistungen zur Existenzsicherung angewiesen ist. Auch die Altersarmut nimmt seit Jahren stetig zu. Laut Statistischem Bundesamt waren im Jahr 2022 durchschnittlich 6,1 Prozent der Bevölkerung von „erheblicher materieller und sozialer Entbehrung“ betroffen. Bei den 65-Jährigen und Älteren lag der Anteil bei 3,5 Prozent. **DESHALB FORDERN WIR:**

Bildung geht durch den Magen

Arm zu sein bedeutet für Kinder nicht nur, dass ihre Familien allgemein über wenig finanzielle Mittel verfügen. Nach einer Langzeitstudie der AWO hat Armut negative Folgen für alle Lebenslagen der Kinder: schlechtere Bildungschancen, ein höheres gesundheitliches Risiko, weniger soziale Bindungen.

Im Bildungsbereich ließen sich die Folgen von Armut auf Kinder zum Beispiel mit der Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Kitas und Schulen bekämpfen. Dies ist nicht nur aus gesundheitlichen Gründen notwendig, sondern es verhindert auch die Ausgrenzung von armen Kindern, die sich das immer teurer werdende Mittagessen nicht leisten können oder dafür in einem bürokratischen Verfahren Zuschüsse beantragen müssen. Es würde auch für den sozialen Zusammenhalt der Kinder einen großen Beitrag leisten.

Wir fordern: *Durch die Länderhoheit beim Thema Bildung ist dies eine Aufgabe des Landtages. Die Länder können dafür die Unterstützung des Bundes einfordern. Dies darf aber nicht zu einem Verschiebeparkplatz der Verantwortlichkeiten führen. Der Landtag kann und muss handeln.*

Raus aus der Schublade

Durch Kinderarmut sind die Chancen der Kinder auf ein Aufwachsen in Gesundheit und mit Zukunftsperspektiven ungleich verteilt. Wer dies ändern will, muss alle Kinder gleich behandeln. Die AWO fordert deshalb bereits seit Jahren in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die Einführung einer Kindergrundsicherung. Dies würde die Existenzsicherung der Kinder gewährleisten, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und Diskriminierung minimieren. Zudem würde eine Kindergrundsicherung Bürokratie abschaffen und sowohl erschöpfte Familien als auch Verwaltungen entlasten.

Wir fordern: *Für die familienpolitischen Leistungen wie das Kindergeld, den Kinderfreibetrag oder den Kinderzuschlag ist der Bund zuständig. Trotz einer entsprechenden Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen ist es in dieser Legislatur bisher nicht gelungen, sich auf ein Konzept und die Finanzierung zu einigen.*



Kino und Kunst für kleine Geldbeutel

Wer jeden Euro zweimal umdrehen muss, überlegt sich genau, wofür Geld „übrig“ ist. Kunst und Kultur fallen da oft hinten runter – und davon sind arme Menschen jeden Alters betroffen. In einigen Bundesländern und Kommunen gibt es bereits Angebote, um zum Beispiel vergünstigt ins Kino oder ins Theater zu kommen. Doch es darf nicht weiter einen Flickenteppich solcher Unterstützungsmaßnahmen geben.

Wir fordern: Sowohl Kommunen als auch die Länder und der Bund sollen Programme auflegen, mit denen der Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten für alle Generationen subventioniert wird.

Zeit für die Hängematte

Nach einem langen Erwerbsleben ist ein sorgenfreier Ruhestand heute immer weniger möglich. Aufgrund durchbrochener Erwerbsbiografien, zunehmender Phasen der Erwerbslosigkeit und einem nach wie vor hohen Anteil an Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor reicht die Rente zum Leben oft nicht aus. Auf bundespolitischer Ebene wurden hier in der Vergangenheit völlig falsche Entscheidungen getroffen. Die Rente ist eine sozialpolitische Errungenschaft, die gestärkt werden muss.

Wir fordern: Die strukturellen Kürzungen wie zum Beispiel die nachträgliche Besteuerung müssen durch den Bundestag rückgängig gemacht und die Rentenanpassungsformel wieder auf den Stand von 2005 gebracht werden.

Netzanschluss

Der sogenannte „öffentliche Raum“ umfasst mehr und mehr auch den digitalen Bereich unserer Gesellschaft. Zunehmend können Angebote nur noch digital in Anspruch genommen werden, es gibt Vergünstigungen im Online-Handel oder den Wunsch von Behörden, Anträge in digitaler Form einzureichen. Selbst das Lesen der Tageszeitung setzt zunehmend ein digitales Endgerät voraus. Dies mag der Weg in eine digitale Zukunft sein, ist aber nur sinnvoll gestaltbar, wenn offene digitale Orte mit freiem Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Zudem sollen Digitallots*innen zur Unterstützung bereitgestellt werden, um den Zugang nicht vom Alter oder Bildungsgrad abhängig zu machen.

Wir fordern: Die Verantwortung dafür liegt auf allen politischen Ebenen. Kommunen können digitale Treffpunkte zur Verfügung stellen, Länder und Bund sollen sie mit finanziellen Mitteln dabei unterstützen sowie die digitale Infrastruktur weiter ausbauen.

